

FEBRUAR 2022

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO



ANKÜNFTE

2.439 Menschen überquerten im Februar – trotz diverser Stürme und schlechten Wetters – das zentrale Mittelmeer bis nach Italien. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei **die Ankunft eines kleinen Fischerboots** am 13. Februar in Lampedusa. Die 18 Geflüchteten erzählten von dem Zusammenstoß mit einem libyschen Fischerboot in internationalen Gewässern in der Nacht. Die Umstände des Zusammenstoßes sind unklar. Während ein Großteil der Menschen es nach der Kollision wieder zurück ins Boot schaffte, waren drei der ursprünglichen 21 Flüchtenden in der Dunkelheit und den hohen Wellen nicht mehr auffindbar. Das Boot setzte seinen Weg nach Lampedusa fort. Die Staatsanwaltschaft hat bereits **Ermittlungen** wegen Totschlags und Beihilfe zu unerlaubter Einreise gegen Unbekannt eingeleitet und versucht in diesem Zuge die Person ausfindig zu machen, die das Boot steuerte. Dies verdeutlicht ein weiteres Mal, wie europäische Entscheidungsträger*innen, die maßgeblich für diese Tode verantwortlich sind, die Schuld für solche Tragödien auf Geflüchtete abschieben.

Die Boote, die italienisches Land selbstständig erreichen sind oft tagelang unterwegs. Sie haben keine Möglichkeiten oder Ausstattung, medizinische Notfälle zu versorgen. Dies zeigte sich mit tragischer Deutlichkeit bei der **Rettung von 573 Geflüchteten** am 22. Februar durch die italienische Küstenwache, bei der auch der Leichnam eines Mannes geborgen wurde, der bereits einige Tage zuvor an Bord verstorben war. Ein **weiterer Geretteter** wurde nach der Anlandung zur dringenden medizinischen Behandlung ins Krankenhaus gebracht. Das Alarm Phone konnte den Kontakt zu einem bereits in der EU lebenden Hinterbliebenen des Verstorbenen herstellen, *borderline-europe* beriet über die mögliche Beisetzung in Italien.

PULLBACKS

Die Anwendung exzessiver Gewalt und Schusswaffen während der illegalen Pullbacks durch die sog. libysche Küstenwache werden immer wieder dokumentiert, so auch in unserer letzten Ausgabe der **Central Mediterranean Info**. In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar kam es erneut zu einem **Zwischenfall**, in dem die sog. libysche Küstenwache durch das Abfeuern scharfer Munition versuchte, ein Boot mit rund 80 Migrant*innen, darunter auch Frauen und Kinder, zu stoppen. Durch den Einsatz der Schusswaffen starb eine Person und drei weitere wurden verletzt. Wie bereits in der letzten Ausgabe ausführlich erläutert, agiert die sog. libysche Küstenwache auch in den Gewässern südlich von Lampedusa, die nicht mehr zu libyschen Such- und Rettungszone gehören.

So konnte die **Organisation "Pilotes Volontaires"** auch im Februar eine illegale Rückführung von **68 Menschen** aus der maltesischen Such- und Rettungszone beobachten. Dabei wurde das Boot der Geflüchteten durch die sog. libysche Küstenwache mehrfach beinahe zum Kentern gebracht. Da diese Fälle jedoch nur dann bekannt werden, wenn eine NGO vor Ort ist, um die illegalen Rückführungen zu dokumentieren, ist unbekannt wie viele Pullbacks aus der italienischen und maltesischen Such- und Rettungszone tatsächlich stattfinden.

Die **maltesische Regierung** weigert sich indessen offizielle Zahlen über Pullbacks von Geflüchteten aus der maltesischen Such- und Rettungszone nach Libyen bereitzustellen. Insgesamt wurden im Februar nach unseren Zählungen 1293 Menschen durch die sog. libysche Küstenwache abgefangen. Diese wird weiterhin durch die EU unterstützt und finanziert – erst im Februar mit einer **erneuten Lieferung** von Booten und Ausstattung von Italien an libyschen Behörden.

Auch die tunesische Küstenwache zeigt sich weiter aktiv in der Rückführung in Seenot geratener Geflüchteter. Unseren Zählungen zufolge wurden im Februar 172 Menschen nach Tunesien zurückgeschleppt, davon allein **163 Menschen aus einem Boot** am 07. Februar.

TOTE & VERMISSTE

In den letzten 15 Jahren sind über **30 000 Geflüchtete** bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, gestorben. Viele weitere Menschen werden es versucht und nicht geschafft haben, doch zahlreiche Tode auf dem Mittelmeer bleiben für die Öffentlichkeit unsichtbar. Allein im Februar zählen wir 29 offiziell bestätigte Tote und 54 Vermisste* auf der zentralen Mittelmeerroute. Der **UNHCR** indessen zählt 74, **IOM** berichtet von 64 Verstorbenen. Am 27. und 28. Februar ereigneten sich innerhalb von 24 Stunden zwei tragische Katastrophen. Während vor **Tunesien** mindestens neun Menschen ihr Leben verloren haben und ebenso viele durch die tunesische Küstenwache zurück nach Tunesien verbracht wurden, kam für die etwa 50 gekenterten Menschen vor der Küste Sabrathas in **Libyen** jede Hilfe zu spät. Es gibt keine Überlebenden.

*Diese Unterscheidung ist wichtig, da Hinterbliebene ohne den Körper oder eine offizielle Bestätigung den Trauerprozess häufig nicht bewältigen können und ihre Angehörigen als vermisst betrachten. Es wäre daher eine staatliche Verantwortung die Bergung, Identifizierung und Rückführung der Verstorbenen sicherzustellen.

ZIVILER WIDERSTAND

Nachdem **maltesische Behörden** einem Handelsschiff untersagt hatten, in einen Seenotfall einzugreifen, konnte die Ocean Viking von SOS Méditerranée am 13. Februar die 88 Menschen sicher an Bord nehmen. 376 Menschen konnten im Februar insgesamt durch die Einsätze der Ocean Viking und Sea-Watch 4 gerettet werden.

Vor ihrem letzten Einsatz im zentralen Mittelmeer wurde die **Ocean Viking** am 11. Januar erneut für **16 Tage** durch italienische Behörden im Rahmen einer Hafenstaatkontrolle blockiert. **Sea-Watch** hatte bereits im Sommer 2020 gegen die Durchführung von Hafenstaatkontrollen an Seenotrettungsschiffen in Italien geklagt, da diese gezielt als politisches Mittel gegen die Arbeit von Seenotretter*innen eingesetzt werden und normalerweise, bis auf wenige Ausnahmesituationen, durch Behörden des Flaggenstaats durchgeführt werden sollten. Der Fall wurde dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt, dessen zuständiger **Generalanwalt** das Recht klar auf italienischer Seite verortet. Das Urteil bleibt abzuwarten, erfahrungsgemäß **orientieren sich** die Richter des EuGHs jedoch am Schlussantrag des Generalanwalts. Hafenstaatkontrollen könnten dann weiter zur politischen Repression der zivilen Arbeit im zentralen Mittelmeer eingesetzt werden.

Nach fünfjährigen Voruntersuchungen steht nun der **Termin für einen möglichen Prozess** gegen Mitglieder der IUVENTA Crew sowie weitere Angeklagte fest: am 21. Mai wird das Gericht in Trapani die erste Anhörung abhalten, bei der sich entscheiden könnte, ob einer der längsten und umstrittensten Kriminalisierungsprozesse stattfinden wird. Die Iuventa (Jugend Rettet) war am 2. August 2017 nach undurchsichtigen Abhörungsmethoden in Lamepdusa wegen angeblicher Beihilfe zur unerlaubten Einreise festgelegt worden.

Kontakt:

Sitz Palermo

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

italia@borderline-europe.de